

DIE EUROPÄISCHE WIRTSCHAFTS- UND WÄHRUNGSUNION UND FUNKTIONALISTI- SCHE HYPOTHESEN

„A natural candidate for spill-over“ in the 1970s?

Christopher Wratil
Sommersemester 2007

Berliner Seminararbeit zur Europäischen Integration

Inhaltsverzeichnis

1.	Einleitung	3
2.	Der Funktionalismus	4
	2.1 <i>Das Phänomen: Regionale Integration</i>	4
	2.2 <i>Die Analyseebene: politische, ökonomische und soziale Strukturen</i>	5
	2.3 <i>Die erklärenden Variablen: Problemdruck und Anpassung</i>	7
	2.4 <i>Das Akteursmodell: inkrementelle Rationalität</i>	7
	2.5 <i>Die funktionalistische Kausalität europäischer Integration</i>	8
	2.6 <i>Der Funktionalismus und die Bereiche der Integration</i>	10
3.	Hypothesentest: Der Versuch der Wirtschafts- und Währungsunion von 1968 bis 1974	11
	3.1 <i>Variable X1: Problemdruck</i>	12
	3.2 <i>Variable X2: Anpassung</i>	18
	3.3 <i>Variable Y und funktionalistische Hypothesen: Die Entwicklung der Integration</i>	22
4.	Schlussbemerkungen	23
5.	Literatur	24

Die Arbeit

Christopher Wratil hat diese Hausarbeit im Rahmen des Proseminars (Techniken wissenschaftlichen Arbeitens) „Geschichte und Theorie der Europäischen Integration“ angefertigt. Das Proseminar (TwA) fand im Sommersemester 2007 unter der Leitung von Prof. Dr. Tanja A. Börzel und Vera van Hüllen am Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft der Freien Universität Berlin statt. Christopher Wratil ist Student der Politikwissenschaft (B.A.) im zweiten Semester an der Freien Universität Berlin.

Die Berliner Seminararbeiten zur Europäischen Integration werden von Prof. Dr. Tanja A. Börzel, Inhaberin eines Jean Monnet Lehrstuhls für Europäische Integration und Leiterin der Arbeitsstelle Europäische Integration am Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft der Freien Universität Berlin, veröffentlicht. Die Reihe bietet die Möglichkeit, hervorragende Seminararbeiten aus den verschiedenen Studienabschnitten zu würdigen und allen Studierenden als *best practice* Beispiele zugänglich zu machen. Die Seminararbeiten sind auf der gemeinsamen Internetseite von Jean Monnet Lehrstuhl und Arbeitsstelle verfügbar: <http://www.fu-berlin.de/europa>

1. Einleitung

Die Kommission der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) hat erstmals im Jahre 1962 versucht, die EWG-Staaten zur Einrichtung einer Währungsunion zu bewegen (Lieberman 1992: 51-52). Auf der Gipfelkonferenz in Den Haag im Dezember 1969 wurde der Gedanke einer Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) erneut virulent und am 22. März 1971 einigte sich der Rat auf eine stufenweise Verwirklichung der WWU bis 1980 (van Ypersele/Koeune 1984: 39-42). Spätestens, als der französische Franc im Januar 1974 die Währungsschlange verließ, wurde jedoch deutlich, dass die Anstrengungen zur WWU vorerst gescheitert waren (Lieberman 1992: 90; Tsoukalis 1977: 165-166).

Wie lässt sich dieses Scheitern der WWU erklären? Ich werde zeigen, dass sich das Scheitern der WWU kohärent im Rahmen einer funktionalistischen¹ Integrationstheorie erklären lässt. Damit ist nicht ausgeschlossen, dass auch andere Integrationstheorien angemessene Erklärungen für das Scheitern der WWU liefern können. Eine Erklärung durch eine funktionalistische Theorie ist aber deshalb interessant, weil die Erklärungskraft funktionalistischer Argumente in Hinblick auf das Scheitern der WWU bezweifelt werden kann. Die Kommission hatte schon im Barre-Plan, mit dem die WWU 1969 auf die Agenda kam, argumentiert, die WWU sei zum Funktionieren der gemeinsamen Agrarpolitik und der Zollunion unabdingbar, diese Argumente fanden sich zu Beginn der Siebzigerjahre auch öffentlich in der Presse wieder (Tsoukalis 1977: 73, 77). Wenn die Kommission in ihrer Einschätzung richtig lag, dann hätte es nach funktionalistischer Hypothese zum *spill-over* kommen müssen – ist es aber nicht. Sogar Ernst B. Haas gab später an, die WWU sei „[...] puzzling because superficially it looks like a natural candidate for spill-over“ (Haas 1975: 73).

In der Literatur wird das Scheitern der WWU vor allem durch zwei Faktoren erklärt, die in funktionalistischen Argumentationen allenfalls eine Nebenrolle spielen: Zum einen wird auf die globalen Veränderungen, den Zusammenbruch des Bretton-Woods-Systems und die Ölkrise, abgestellt (Tsoukalis 1977: 171; Tietmeyer 1994: 32). Zum

¹ Im Folgenden wird nicht explizit zwischen funktionalistisch, neofunktionalistisch und anderen Teilen des funktionalistischen Theoriestranges unterschieden. Vielmehr wird primär auf die gemeinsamen Kernhypothesen „funktionalistischer“ Theorien abgestellt, wobei die hier präsentierte Version des Funktionalismus als „neofunktionalistisch“ bezeichnet werden kann. Für diese Praxis vgl. Wolf (1999).

anderen betonen der intergouvernementalistischen Argumentationsweise zugeneigte Autoren den fehlenden politischen Willen und die fehlende Konvergenz der nationalen Interessen (Kruse 1980: 202-205). Dieter Wolf erklärt das Scheitern der WWU hingegen mit seinem Theorieversuch einer Zusammenführung von Neofunktionalismus und Intergouvernementalismus (Wolf 2002: 40-49).

Im Folgenden werde ich zunächst eine funktionalistische Integrationstheorie darstellen, von der ich überzeugt bin, dass sie sowohl das Scheitern der WWU erklären, als auch Erklärungs- und Vorhersagekraft über den empirischen Einzelfall hinaus entfalten kann.² Aus dieser Theorie werden testbare Hypothesen abgeleitet und gezeigt, dass diese dem Beispiel des WWU-Scheiterns standhalten.

2. Der Funktionalismus

Regionale Integrationstheorien haben seit den Fünfzigerjahren Höhen und Tiefen ihrer wissenschaftlichen Bedeutung durchschritten (Wolf 2002: 29). Dies brachte eine Fülle an Neu- und Reformulierungen alter Gedanken mit sich. Auch dies hat dazu beigetragen, dass sich bis heute für das funktionalistische Spektrum keine eindeutigen Hypothesen und Variablen ausmachen lassen, die als wissenschaftlicher Konsens gelten können.³ Deshalb wird im Folgenden die hier verwendete Formulierung des Funktionalismus vorgestellt und aus ihr Hypothesen abgeleitet.

2.1 Das Phänomen: Regionale Integration

Zunächst soll geklärt werden, was unter regionaler Integration zu verstehen ist. Im Sinne Ernst B. Haas' wird regionale Integration hier verstanden als

„[...] the process, whereby political actors in several distinct national settings are persuaded to shift their loyalties, expectations, and political activities to-

² Im Rahmen dieser Arbeit ist es mir nicht möglich, die zweite Behauptung zu überprüfen.
³ Vgl. etwa die Hypothesen von Wolf (1999: 59-60) und Corbey (1995: 265-268).

wards a new and larger center, whose institutions possess or demand jurisdiction over the pre-existing national states” (Haas 1961: 366-367).

Nach Haas' Definition muss regionale Integration supranationale Institutionen aufweisen, die die Souveränität der Nationalstaaten (z. B. in einem Bereich) zumindest beeinträchtigen.

2.2 Die Analyseebene: politische, ökonomische und soziale Strukturen

2.2.1 Metatheoretische Annahme des Funktionalismus

Regionale Integration geschieht wie alle politischen Phänomene in einer Welt, die unendlich viele Objekte und Beobachtungsperspektiven aufweist. Die Objekte, die für eine wissenschaftliche Erklärung betrachtet werden können, müssen deshalb bereits auf Grundlage einer bedeutenden aber in ihrer Plausibilität nicht direkt überprüfbar metatheoretischen Annahme ausgewählt werden. Der Funktionalismus geht in diesem Zusammenhang von folgender Annahme aus:

(A1) Entscheidend für die Erklärung regionaler Integration sind politische, ökonomische und soziale Strukturen (Wolf 2002: 40; Wolf 1999: 39).

Diese Annahme negiert in keiner Weise, dass politische Akteure handeln müssen, damit es zu regionaler Integration kommt. Für ihr Handeln sind aber die vorgegebenen Strukturen die entscheidende erklärende Variable.

1.2.2 Funktionalistische Befunde der Strukturebene europäischer Staaten

Nach dieser Metaannahme muss bei der Analyse europäischer Integration besonders die Strukturebene in den Blick genommen werden. Für den (west-)europäischen Kontinent haben Funktionalisten zwei empirische Befunde der Strukturebene besonders betont, die sich in zwei Annahmen formulieren lassen:

(A2) (West-)Europa ist von hoch entwickelten Ökonomien geprägt, die sich durch eine starke Arbeitsteilung und relativ hohe und steigende Abhängigkeit vom Außenhandel auszeichnen (Haas 1961: 374).

(A3) (West-)Europa ist von einem ausgeprägten Pluralismus geprägt, der sich durch den offenen Wettbewerb um politische Macht und sozialen Status zwischen einer Vielzahl verschiedener Gruppen und eine breite gesellschaftliche Mobilisierung auszeichnet (Haas 1961: 374; Wolf 1999: 39).

2.3 Die erklärenden Variablen: Problemdruck und Anpassung

2.3.1 Konzept des Problemdrucks

Angesichts der Annahme A2 wird die Bedeutung der Konzepte des Problemdrucks für die europäische Integration deutlich. Der Funktionalismus geht davon aus, dass vor allem ökonomische Strukturen von einer starken inneren Interdependenz bestimmt sind. Veränderungen der Inflation hängen etwa direkt mit der Entwicklung der Arbeitslosigkeit zusammen. Sofern politische Regelungen im ökonomischen Bereich vorliegen (etwa Geldpolitik, Verbraucherschutz, Umweltstandards etc.), wird auch die Effektivität und Effizienz politischer Entscheidungsfindung in einem Bereich abhängig von den Entscheidungen in anderen Bereichen. Wenn schließlich auch externe Interdependenzen zwischen den nationalen Ökonomien vorliegen, was bei irgendeiner Form des Außenhandels nicht zu vermeiden ist, wird die heimische Politik in Bereichen von der ausländischen beeinflusst.

Für regionale Integration bedeutet dies, dass integrierte Bereiche oft mit nicht integrierten Bereichen zusammenhängen. Problemdruck meint dann eine Situation, in der die gemeinsamen Ziele der Integration in einem integrierten Bereich durch die Interdependenz mit anderen Bereichen mehr oder weniger gefährdet sind.

2.3.2 Konzept der Anpassung

Wenn regionale Integration stattfindet, dann kann dies die ökonomischen, politischen und sozialen Strukturen verändern. Diese Anpassungsprozesse können aber oft nur über längere Zeiträume passieren. Beispielsweise bewirkt eine Zollunion langfristig eine Veränderung der nationalen Ex- und Importe und damit in einem noch längeren Zeitfenster veränderte Produktionsstrukturen und weitere Spezialisierung, kurzfristig ist all dies nicht vorzufinden. Ebenso sind supranationale politische Akteure langfristig in der Lage, aus institutionellem Eigeninteresse verstärkt supranationale Problemlösungen zu suchen, die eine Alternative zu nationalen Lösungen darstellen (Wolf 1999: 41). Letztlich werden gesellschaftliche Interessengruppen auf lange Sicht ihre Loyalitäten an supranationale Institutionen binden, wenn diese Regelungen in ihrem Interessensbereich vornehmen. Auch dies geschieht nicht unmittelbar mit der Einrichtung der supranationalen Institution (Schmitter 1970: 864-865). Interessengruppen, die ihre Loyalitäten auf die supranationale Ebene übertragen haben, arbeiten aber langfristig gegen die nationale Ebene und üben Druck auf nationale Akteure aus.

2.4 Das Akteursmodell: inkrementelle Rationalität

Der Funktionalismus geht davon aus, dass die politischen Akteure nach einer inkrementellen Rationalität handeln. Dies meint zum einen, dass die Akteure keine dramatischen, kurzfristigen politischen Veränderungen anstreben. Vielmehr findet Veränderung als langwieriger Prozess in kleinen Schritten statt. Zum anderen ändern die Akteure auch ihre einst festgelegten Ziele nur langfristig und im geringen Maße. Um ihr zu Beginn festgelegtes Ziel zu erreichen, reagieren die Akteure auf Unzufriedenheit mit den Ergebnissen, indem sie neue Strategien suchen, das gleiche Ziel zu erreichen (Haas 1975: 37-39). Ist ein Ziel hingegen zur Zufriedenheit der Akteure erreicht, gibt es für sie keinen Handlungsanlass, weder zur Festlegung neuer Ziele noch zum Wechsel zu Mitteln, die das Ziel effizienter erreichen.⁴

⁴ Dies unterscheidet die inkrementelle Rationalität von rational-analytischen Konzepten, die annehmen, dass die Akteure Mittel und Ziele ständig überprüfen und evaluieren. Vgl. Haas (1975: 37-39).

Sowohl bei der Festlegung der Ziele als auch bei der Wahl der Mittel sind die Akteure von einem utilitaristischen Kalkül⁵ bestimmt, in dem sie den Nutzen beziehungsweise Kosten eines Ziels/Mittels für ihre Gesellschaft einschätzen. Persönliche Motive der Akteure, etwa eine leidenschaftliche Begeisterung für das Zusammenwachsen Europas, spielen in der Entscheidungsfindung keine Rolle (Haas 1975: 12). Die Entscheidung nach einem utilitaristischen Kalkül bedeutet für Integration, dass diese insbesondere stattfindet, wenn supranationale Lösungen Wohlfahrtsgewinne versprechen.

Ernst B. Haas war der Überzeugung, dass die Annahme A4 die Annahme der inkrementellen Rationalität der Akteure stütze:

„The more pluralistic the society [...], the more groups require satisfaction, the more disjointed and incremental the decision-making process will be” (Haas 1967: 328).

2.5 Die funktionalistische Kausalität europäischer Integration

Es ist nicht das Hauptanliegen des Funktionalismus den Beginn regionaler Integration zu erklären, wenn hierfür auch Erklärungen und Annahmen existieren,⁶ vielmehr will der Funktionalismus aufzeigen, warum regionale Integration weiter fortschreitet oder zurückläuft.

Die Dynamik des (Des-)Integrationsprozesses entspringt für den Funktionalismus aus der Krise bestehender Integration (Haas/Schmitter 1964: 716; Schmitter 1970: 846). Eine supranationale Institution, die zu einem bestimmten Ziel eingerichtet wurde, ist aufgrund von Problemdruck in ihrer Zielerreichung behindert. Dass eine Zielerreichung aufgrund anderer Einflüsse behindert sein sollte, ist nicht vorgesehen. Die Gefährdung

⁵ Dies meint in der Regel, dass die Interessen/Präferenzen der meisten gesellschaftlichen Gruppen im Prozess Beachtung finden, es meint weniger, dass vulgär-utilitaristisch die Bedienung der Interessen/Präferenzen einiger die Missachtung der Interessen/Präferenzen einer Mehrheit „aufwiegen“ kann. Man kann dies mit dem Begriff eines demokratischen, präferenzutilitaristischen Kalküls beschreiben.

⁶ Ernst B. Haas etwa hat angegeben, dass ein „[...] incremental integration process may require an initial dramatic act motivated by passionate ideological commitment“ (Haas 1975: 13).

der Zielerreichung wird zur Ursache für die Suche nach Lösungsmöglichkeiten.⁷ Die zentrale Hypothese der funktionalistischen Kausalität lautet demnach:

(H1) Genau dann, wenn Problemdruck das Erreichen eines gemeinsamen Ziels der Integration gefährdet, wird der Integrationsstatus in Frage gestellt und es werden neue Lösungsmöglichkeiten gesucht.

Da es sich bei der Hypothese um eine Äquivalenz handelt, ist sie beispielsweise schon dadurch falsifizierbar, dass eine Veränderung des Integrationsstatus⁷ stattfindet, obwohl keinerlei Problemdruck feststellbar ist (Schmitter 1970: 840).

Diese erste Hypothese trifft jedoch nur eine Aussage darüber, wann eine Veränderung eintritt, wie diese ausfällt, hängt im Wesentlichen von den Handlungsalternativen und deren Kosten ab.

Manchmal sind die supranationalen Institutionen selbst flexibel genug, durch interne Lösungen die Zielerreichung zu sichern (*encapsulation*). In diesem Fall findet zwar eine Veränderung der supranationalen Institutionen statt, die Veränderung des Integrationsstatus ist jedoch indifferent bezüglich ihrer Breite und Tiefe. Diese Option produziert vor allem dann aus Akteurssicht die geringsten Kosten, wenn der Problemdruck gering ist und wenige Anpassungsprozesse an den bestehenden Integrationsstatus stattgefunden haben (Nye 1970: 802).

In dem Maße wie der Problemdruck ansteigt, werden Lösungen auf Basis der bestehenden Institutionen ineffizient oder verlieren ihre Effektivität. Damit kommen Akteursstrategien ins Spiel, die eine Veränderung der regionalen Integration in Breite und/oder Tiefe vorsehen. Je mehr Anpassungsprozesse an den bisher realisierten Integrationsstatus stattgefunden haben, desto höher sind die Kosten eines Integrationsrückschritts (z. B. *spill-back*), weil bereits realisierte Kooperations- und Effizienzgewinne⁸ wieder entfielen (Schmitter 1970: 845-846). Die relativen Kosten eines Integrationsfortschritts (z. B. *spill-over*) sinken hingegen, da aufgrund der gesellschaftlichen Anpassungsprozesse bereits Loyalitäten und Erwartungen auf die supranationale Ebene verschoben

⁷ Dies eben ist das inkrementelle Handlungskonzept der Akteure. Vgl. auch Schmitter (1970: 839-840).
⁸ Etwa die Wohlfahrtsgewinne eines gemeinsamen Binnenmarkts.

wurden. Dies hat zur Folge, dass eine Aufgabe von Kompetenzen durch die nationalen Akteure für die nationale Gesellschaft weniger schmerzlich ist als bei intakten Bindungen gesellschaftlicher Gruppen an die nationale Ebene.⁹

Auf der Grundlage dieser Überlegungen lässt sich folgende probabilistische Hypothese formulieren:

(H2) Je stärker der Problemdruck steigt und je mehr gesellschaftliche Anpassung an den bestehenden Integrationsstatus bereits stattgefunden hat, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit eines Integrationsfortschritts.

Je weniger gesellschaftliche Anpassung bisher stattgefunden hat, desto wahrscheinlicher ist hingegen ein Integrationsrückschritt bei steigendem Problemdruck. Dies erklärt sich über die geringeren Kosten in Form bereits realisierter Kooperations- und Effizienzgewinne. Sehr ambitionierte Integrationsfortschritte, die über die Notwendigkeiten zur Problemlösung hinausgehen und in ihrer Folge rasch mit massivem Problemdruck konfrontiert sind, können deshalb für den Integrationsprozess als Ganzes kontraproduktiv sein.

Mit dem Integrationsfortschritt ist zwar das ursprüngliche gemeinsame Ziel gesichert, es treten aber im integrierten Bereich neue Ziele hinzu (Schmitter 1970: 841). Diese können erneut gefährdet werden, was über die Hypothesen H1 und H2 erneut zum *spill-over* führen kann. Der Prozess der Integration wird kumulativ (Tsoukalis 1977: 23).

2.6 Der Funktionalismus und die Bereiche der Integration

Die politischen Akteure handeln nach funktionalistischer Annahme nach einem utilitaristischen Kalkül und beachten aufgrund der pluralistischen Gesellschaft die Präferenzen verschiedenster Gruppen. Beides begründet, dass bei bestehendem Handlungs-

⁹ Selbst wenn die Annahme über die sinkenden Kosten eines Integrationsfortschritts unangemessen sein sollte, sinken die relativen Kosten im Vergleich zum Integrationsrückschritt.

bedarf¹⁰ politische Entscheidungen, die (fast) alle besser stellen, besonders wahrscheinlich sind. Welche Optionen dies sind, ist hingegen eine empirische Frage, die nicht analytisch entschieden werden kann (Haas 1970: 629-630).

Einige funktionalistische Autoren haben angenommen, dass regionale Integration idealtypisch in ökonomischen Bereichen beginnt und sich über sie auch leicht fortsetzen kann, weil ökonomische Integration beinahe immer die Wohlfahrt fast aller steigert (Tsoukalis 1977: 24). Umgekehrt nahm man an, die Integration von Außen- und Sicherheitspolitik sei ein klassisches Nullsummenspiel, bei dem eine gemeinsame kooperative Strategie nicht zu einer höheren Auszahlung für alle Spieler führe. In der Literatur wurden diese Annahmen unter der Unterscheidung von grundsätzlich kontroversen „high politics“-Bereichen und grundsätzlich unkontroversen „low politics“-Bereichen diskutiert. Tatsächlich kann aber auch im ökonomischen Bereich, der idealtypisch den „low politics“ zugeordnet wird, die Integrationsoption nach utilitaristischem Kalkül viele Kosten produzieren beziehungsweise nur wenige besser stellen. Ein Beispiel wäre eine Währungsunion, wenn die eigene Währung gesellschaftlich als wichtiges Prestigesymbol angesehen wird.¹¹ Es lässt sich deshalb keine analytische Aussage nach Bereichen treffen, wie wahrscheinlich jeweils ein Integrationsfortschritt ist (Haas 1975: 72).

3. Hypothesentest: Der Versuch der Wirtschafts- und Währungsunion von 1968 bis 1974

Im Folgenden wird evaluiert, inwieweit die Hypothesen der vorgestellten funktionalistischen Theorie die Entwicklung der Anstrengungen um die WWU Ende der Sechziger- und Anfang der Siebzigerjahre erklären können. Zu diesem Zweck werden die beiden zentralen unabhängigen und die abhängige Variable operationalisiert.

¹⁰ Es darf nicht vergessen werden, dass die Akteure nur bei Problemdruck handeln und nicht einfach deshalb, weil irgendetwas sinnvoll wäre beziehungsweise alle besser stellen würde.

¹¹ Man denke etwa an die D-Mark-Identität der Deutschen oder an die starke Identifizierung der eigenen Währung mit der Unabhängigkeit von der Sowjetunion in den heutigen baltischen Staaten.

3.1 Variable X1: Problemdruck

Das Konzept des Problemdrucks beinhaltet zwei Aspekte, die empirisch gemessen werden müssen:

- (a) Ein gemeinsames Ziel der Integration in einem Bereich ist mehr oder weniger gefährdet.
- (b) Die Gefährdung des gemeinsamen Ziels der Integration entsteht durch die Interdependenz des integrierten Bereichs mit anderen Bereichen.

Zu a: Die Ziele der Integration in beiden Bereichen werden im Folgenden primär anhand der Zieldefinitionen in den betreffenden Vertragswerken operationalisiert. Es wird damit ausgeblendet, dass die Akteure eventuell noch gemeinsame implizite Ziele verfolgen.

In der Regel kann nur mehr oder weniger begründet ordinal geschätzt werden, welche Ziele auf Grundlage einer Interpretation der schriftlich fixierten Zielformulierungen bedeutsamer sind als andere.

Zu b: Inwiefern in einem konkreten Fall eine Gefährdung eines Ziels durch die Interdependenz eines integrierten Bereichs mit einem anderen Bereich besteht, wird oft durch Hypothesen beschrieben, die anderen Wissenschaften oder anderen Bereichen der Politikwissenschaft entlehnt sind. Es können deshalb solche Hypothesen hier nur vorgestellt und die theoretischen Grundlagen kurz angerissen werden.

Die Gefährdung eines gemeinsamen Ziels lässt sich im besten Fall als numerischer Abstand (zum Beispiel im Falle von Wirtschaftsdaten) realer Kenngrößen zu einer angestrebten Kenngröße metrisch erfassen.

Die Kommission war Ende der Sechzigerjahre der Überzeugung, dass vor allem die Integrationsziele zweier Bereiche aktuell oder zumindest in naher Zukunft wegen ihrer

Interdependenz mit der Wirtschafts- und Währungspolitik gefährdet seien: der gemeinsamen Agrarpolitik und der Zollunion (Kruse 1980: 21).¹²

3.1.1 Ziele und Gefährdung I: Gemeinsame Agrarpolitik

Mit der gemeinsamen Agrarpolitik verfolgten die Staaten der EWG laut Artikel 39 des EWG-Vertrags vor allem folgende Primärziele:

- „[...] a) die Produktivität der Landwirtschaft durch Förderung des technischen Fortschritts, Rationalisierung der landwirtschaftlichen Erzeugung und den bestmöglichen Einsatz der Produktionsfaktoren, insbesondere der Arbeitskräfte zu steigern;
- b) auf diese Weise der landwirtschaftlichen Bevölkerung, insbesondere durch Erhöhung des pro-Kopf-Einkommens der in der Landwirtschaft tätigen Personen, eine angemessene Lebenshaltung zu gewährleisten;
- c) die Märkte zu stabilisieren;
- d) die Versorgung sicherzustellen;
- e) für die Belieferung der Verbraucher zu angemessenen Preisen Sorge zu tragen“ (EWG 1957: 195-196).

Um die Ziele des Artikels 39 zu erreichen, erwähnt der EWG-Vertrag in Artikel 40 insbesondere eine gemeinsame Preispolitik der Mitgliedsstaaten, die als instrumentelles Ziel interpretiert werden kann (EWG 1957: 196). Im Dezember 1964 entschied der Ministerrat dann, ab 1. Juli 1967 zunächst gemeinsame Preise für Getreide auf dem Agrarmarkt umzusetzen, was wiederum bestätigte, dass gemeinsame Agrarpreise ein instrumentelles Ziel der Akteure waren. Die Produktpreise wurden jährlich für alle der Gemeinschaftswährungen auf Basis der aktuellen Wechselkurse neu festgelegt (Feld 1979: 338).¹³

¹² Dass im Folgenden nur diese beiden Bereiche betrachtet werden, ist plausibel, wenn man annimmt, dass die Kommission in besonderem Maße an Integration und damit an Problemdruck als deren Voraussetzung interessiert war und deshalb eher zur Überschätzung als Unterschätzung derselbigen geneigt haben wird.

¹³ Weitere Produktgruppen bezog der Ministerrat nach Vereinbarungen von 1966 in die Preispolitik mit ein.

Gemeinsame Preise bedeuten damit Abhängigkeit von den Wechselkursen der Gemeinschaftswährungen. Um gemeinsame Preise umzusetzen, muss jede Wechselkursänderung der Gemeinschaftswährungen untereinander eine Anpassung der festgelegten Produktpreise nach sich ziehen (van Ypersele/Koeune 1984: 36-37). Ansonsten könnten beispielsweise Importeure aus dem Mitgliedsstaat der aufgewerteten Währung in der abgewerteten Währung eines anderen Mitgliedsstaates Produkte zu geringeren als den heimischen Preisen einkaufen.

Eine häufige Anpassung der Produktpreise an Wechselkursschwankungen steht aber insbesondere mit folgenden Zielen der gemeinsamen Agrarpolitik im Widerspruch:

Ziel b): Eine Absenkung der Agrarpreise im Mitgliedsstaat der aufgewerteten Währung verringert das Einkommen der in der Landwirtschaft beschäftigten Personen. Diese Entwicklung kann eventuell als unangemessen bewertet werden.

Ziel c): Eine Stabilität der Märkte impliziert unter anderem eine relative Stabilität der Preise, eine häufige und starke Anpassung der Agrarpreise steht dem entgegen.

Ziel e): Eine Anhebung der Agrarpreise im Mitgliedsstaat der abgewerteten Währung kann dazu führen, dass diese als unangemessen hoch bewertet werden.

Wichtige Ziele der gemeinsamen Agrarpolitik sind deshalb nur insoweit zu erreichen, wie die Wechselkurse stabil bleiben. Dies führt zu folgender Hypothese:

(H3) Je stärker Wechselkursschwankungen zwischen den Gemeinschaftswährungen ausfallen, desto größer wird der Problemdruck in Bezug auf die Ziele der gemeinsamen Agrarpolitik.

3.1.2 Ziele und Gefährdung II: Zollunion

Laut dem EWG-Vertrag verfolgten die Mitgliedsstaaten mit der Zollunion die Schaffung eines gemeinsamen Marktes, auf dem Waren und Güter ohne Beschränkung oder Hindernisse frei bewegt werden können (EWG 1957: 169).

Außerdem bestimmt der Vertrag in Artikel 29, dass die „[...] Notwendigkeit, den Handelsverkehr zwischen den Mitgliedsstaaten und dritten Ländern zu fördern [...]“ (EWG 1957: 187), ein wichtiger Gesichtspunkt der Arbeit der Kommission sei.

Insbesondere die Förderung des Handelsverkehrs zwischen den Mitgliedstaaten kann durch Wechselkursschwankungen erschwert werden. Während feste Wechselkurse Exporteuren, Importeuren und Investoren Sicherheit versprechen, produzieren flexible Wechselkurse für diese Akteure reale Kosten (van Ypersele/Keuone 1984: 18). Zum einen muss bei flexiblen Wechselkursen erheblicher Aufwand darauf verwendet werden, die Wechselkursschwankungen zu antizipieren, und zum anderen müssen sich die Marktteilnehmer eventuell gegen Wechselkursschwankungen versichern.¹⁴ Diese Kosten sind für die Marktteilnehmer letztlich Abreize in Hinblick auf transnationalen Waren- und Güterverkehr, sie verhindern ihn aber keineswegs.

Im EWG-Vertrag ist jedoch unter der näheren Spezifizierung der Hindernisse und Beschränkungen des Handels von Wechselkursschwankungen keine Rede. Auch die in Artikel 3 erwähnte Abschaffung aller sonstigen Maßnahmen, die eine gleiche Wirkung wie Zölle oder Mengenbeschränkungen entfalten (EWG 1957: 169), ist nur schwerlich in Hinblick auf Wechselkursschwankungen zu interpretieren. Diese sind kaum im Sinne von Artikel 3 als „Maßnahmen“ zu bezeichnen, da Geldpolitik in der Regel nicht zur intentionalen Steuerung von Handelsströmen genutzt wird.¹⁵

Insofern waren die Primärziele der Zollunion kaum gefährdet, was sie von der gemeinsamen Agrarpolitik unterscheidet. Da die Ursache für Problemdruck in beiden Bereichen die Wechselkursschwankungen waren, war die gemeinsame Agrarpolitik ceteris paribus mehr gefährdet als die Zollunion. Mit einem quantitativ schwächeren Zusammenhang als bei der gemeinsamen Agrarpolitik ergibt sich folgende Hypothese:

(H4) Je stärker Wechselkursschwankungen zwischen den Gemeinschaftswährungen ausfallen, desto größer wird der Problemdruck in Bezug auf die Ziele der Zollunion.

¹⁴ Vgl. Kruse 1980: 14-15. Kruse benennt den Anteil der Versicherungskosten an dem Gesamtwert der Transaktion auf bis zu 10 %.

¹⁵ Vielmehr dürften Regulierungen der Handelsströme zur Steuerung des Wechselkurses genutzt werden.

3.1.3 Entwicklung der X1-Variable: Währungskursschwankungen als Indikator

Die Entwicklung der Währungskursschwankungen als Indikator für Problemdruck wird anhand folgenden Modells erfasst:¹⁶

Datengrundlage sind die Wechselkurse der EG6-Währungen untereinander im Messzeitraum von November 1967 bis Oktober 1975. Dieser Messzeitraum wurde jeweils von November eines bis Oktober des kommenden Jahres in Messabschnitte von jeweils zwölf Monaten unterteilt. Für diese Messabschnitte wurde für jede der zehn Wechselkursrelationen der fünf Gemeinschaftswährungen die Standardabweichung auf Grundlage der zwölf Monatswerte des Wechselkurses berechnet.

Diese Standardabweichungen der zehn Wechselkursrelationen für zwölf Monate wurden zu einer Standardabweichung mittels zweier verschiedener Gewichtungsverfahren zusammengefasst. Sie erfassen die unterschiedliche Bedeutung der Schwankungen verschiedener Wechselkurse.

(a) Landwirtschaft gew.: Je größer der gemeinsame Anteil zweier Ökonomien an der EG-Landwirtschaftsproduktion ausfällt, desto größere Beachtung sollten Wechselkursschwankungen zwischen diesen Währungen zur Erfassung des Problemdrucks für die gemeinsame Agrarpolitik finden. Deshalb wurde jeweils der Anteil eines Mitgliedsstaates an der EG-Landwirtschaftsproduktion auf Grundlage von Daten aus 1966 und 1978 gemittelt. Damit ergibt sich für jeden Wechselkurs die relative Bedeutung einer Schwankung für die gemeinsame Agrarpolitik als Summe der Anteile der beiden Ökonomien an der gesamten EG-Landwirtschaftsproduktion. Nach dieser relativen Bedeutung einer Wechselkursrelation für die gemeinsame Agrarpolitik wurden die einzelnen Standardabweichungen gewichtet und zu einer zusammengefasst.

(b) Zollunion gew.: Je größer der Anteil des Handels zwischen zwei Ökonomien am gesamten EG-Binnenhandel ausfällt, desto größere Beachtung sollten Wechselkursschwankungen zwischen diesen Währungen zur Erfassung des Problemdrucks für die Zollunion finden. Deshalb wurde jeweils der Anteil des bilateralen Handels zweier Mit-

¹⁶ Im Detail und mit den entsprechenden Daten ist das Modell in der zugehörigen EXCEL-Datei zu finden.

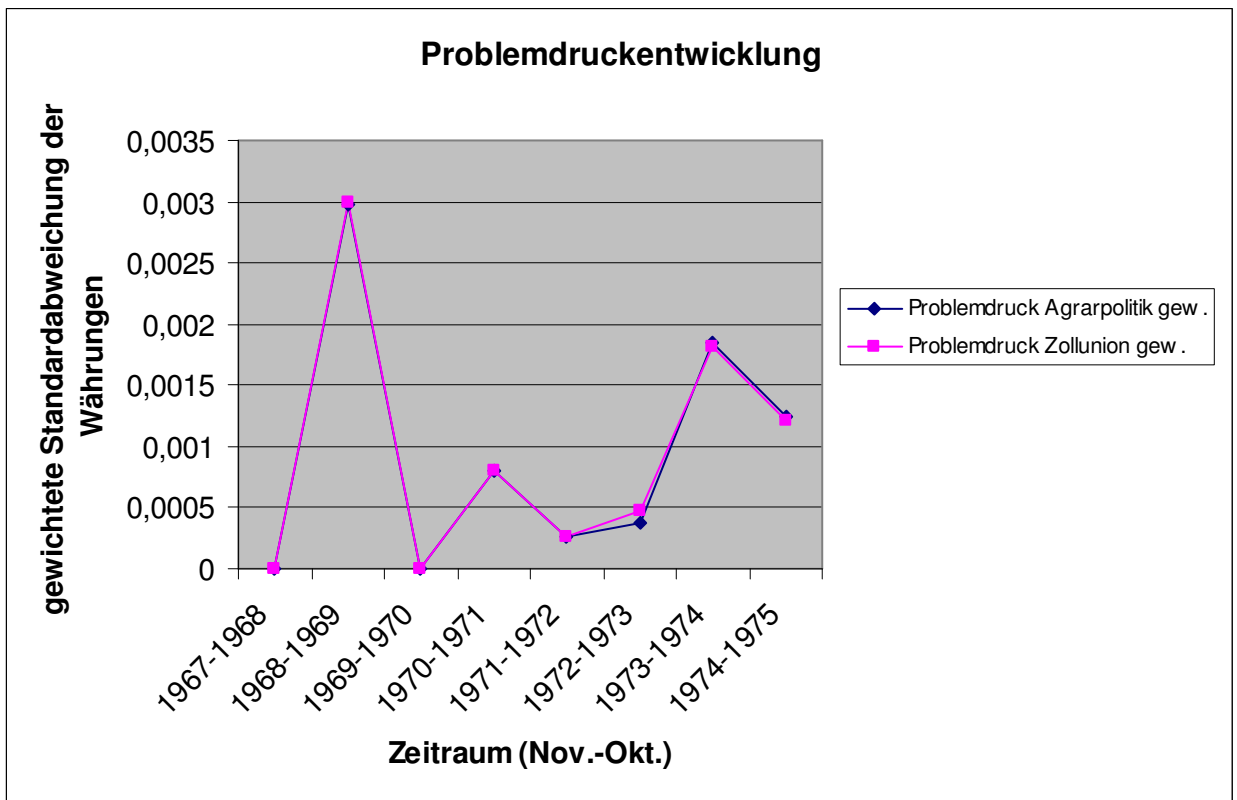
gliedsstaaten am gesamten EG-Binnenhandel für das Jahr 1967 als Gewichtungsfaktor herangezogen. Dieser repräsentiert die relative Bedeutung jeder Wechselkursrelation für die Ziele der Zollunion, nach der die Standardabweichungen der einzelnen Wechselkurse gewichtet und zusammengefasst wurden.

Abbildung 1 zeigt, dass zwischen November 1967 und Oktober 1968 keinerlei Schwankungen zwischen den Gemeinschaftswährungen auftraten. Im folgenden Jahr war die Schwankungsbreite jedoch über den Messzeitraum gesehen am größten, was vor allem mit einer massiven Abwertung des französischen Franc zusammenhängt. Die Schwankungen fanden nahezu identisch stark in für die Ziele der Agrarpolitik und für die Ziele der Zollunion wichtigen Währungen statt. Das Niveau von 1967 bis 1968 wird in der Folge nicht mehr erreicht. Von 1972 bis 1973 finden in den für die Zollunion wichtigen Währungen etwas mehr Schwankungen statt als in Währungen, die große Bedeutung für die Agrarpolitik haben. Von 1973 bis 1974 steigen die Schwankungen nochmals an, jedoch weit unter dem Niveau von 1968 bis 1969.

Nach Maßgabe des Modells war vor allem von 1968 bis 1969 ein hohes Maß an Problemdruck im Vergleich zu den anderen Jahren vorhanden.¹⁷ Es wird hier jedoch nur eine kurzzeitige Entwicklung des Problemdrucks ablesbar, seine relative Größe ist wegen eines fehlenden Maßstabes beziehungsweise des relativ kurzen Messzeitraumes nicht ermittelbar. Da die Entwicklungen des Problemdrucks für die Agrarpolitik und die Zollunion parallel laufen, kann zumindest aufgrund der Zielanalyse (3.1.1-2) davon ausgegangen werden, dass der Problemdruck für die Agrarpolitik ständig größer war als für die Zollunion.

¹⁷ Die theoretische Konzeptualisierung des Problemdrucks (2.1.1-2) bezieht sich auf den Status von 1967, deshalb gilt die hier vorgenommene Messung für die Jahre nach 1967 nur, falls die Zusammenhänge aus 3.1.1-2 weiter galten.

Abbildung 1: Problemdruckentwicklung für die gemeinsame Agrarpolitik und die Zollunion (1967-1975)



3.2 Variable X2: Anpassung

Das Konzept der Anpassung beinhaltet drei Aspekte, die empirisch gemessen werden können:

- (a) Ökonomische Strukturen passen sich dem Status des Integrationsprozesses an. Neue Möglichkeiten regionaler Institutionen werden auf den Märkten genutzt.
- (b) Supranationale politische Akteure passen sich dem Status des Integrationsprozesses an. Die supranationalen Akteure bieten verstärkt supranationale Problemlösungen an.

(c) Einzelne gesellschaftliche Gruppen, vor allem Interessenverbände, im Zuge fortgeschrittener Integration auch der politische Bürger, passen sich dem Status des Integrationsprozesses an. Loyalitäten und Erwartungen werden auf die supranationale Ebene übertragen.

Zu a: Die ökonomische Anpassung wird primär an der Veränderung ökonomischer Makrodaten festgemacht, die durch die bestehenden supranationalen Institutionen beeinflusst werden sollten.

Zu b: Die Operationalisierung beschränkt sich darauf, zu prüfen, ob supranationale Lösungen angeboten wurden und zu welchem Zeitpunkt dies stattgefunden hat. Es handelt sich damit lediglich um eine grobe Schätzung des zugrunde liegenden Konzepts.

Zu c: Die Operationalisierung findet nur oberflächlich statt, indem wenige Hinweise gegeben werden, die den Status der Loyalitätsübertragung widerspiegeln könnten.¹⁸

3.2.1 Ökonomische Anpassung I: Handelsabhängigkeit

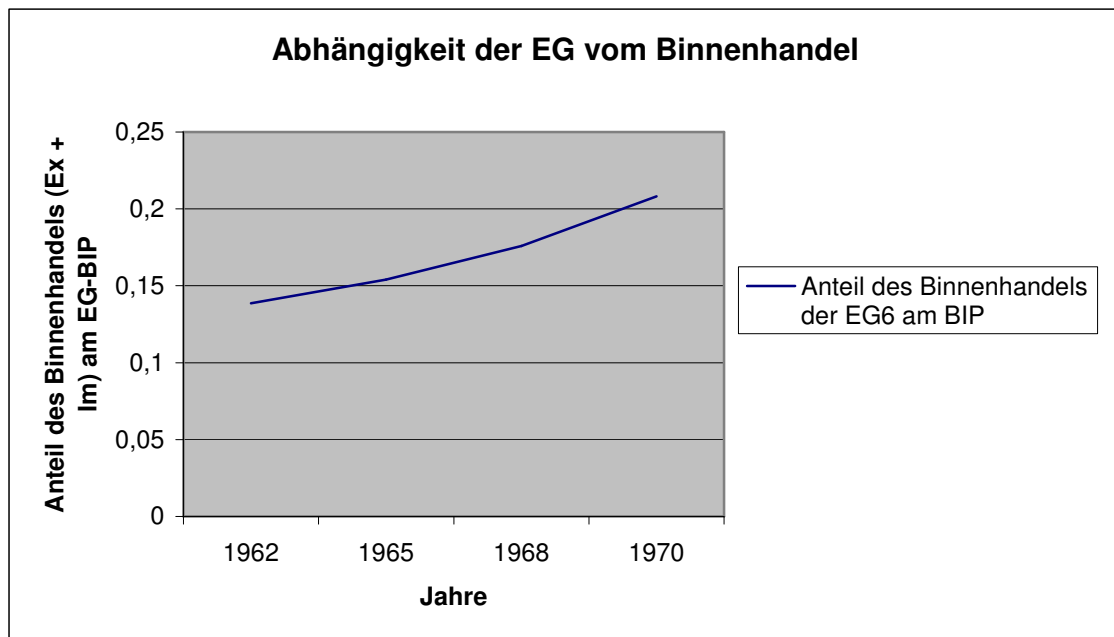
Ökonomische Anpassung im Bereich der Zollunion meint eine Zunahme an transnationalem Handel, aus dem Kooperationsgewinne in Form von Wohlfahrtssteigerungen entspringen. Diese Kooperationsgewinne stehen einem Integrationsrückschritt im Wege, weshalb mit steigender Höhe der Kooperationsgewinne die Wahrscheinlichkeit von Integrationsrückschritten sinkt (Barrera/Haas 1969: 156).¹⁹

Abbildung 2 zeigt, dass der Anteil des EG-Binnenhandels am Bruttoinlandsprodukt der EG von 1962 bis 1970 von 13,9 auf 20,8% gestiegen ist. Unter der Annahme, dass zumindest ein Teil dieses Zuwachses auf die Zollunion zurückzuführen ist, lässt sich nicht bestreiten, dass mit den Zielen der Zollunion auch substantielle Kooperationsgewinne gefährdet gewesen wären.

¹⁸ Dies ist methodisch nicht zufrieden stellend, innerhalb dieser Arbeit aber nicht anders lösbar.

¹⁹ Die Autoren schlagen den Anteil des Binnenhandels am Gesamthandel als Indikator für ein erfolgreiches Fortschreiten regionaler Integration vor.

Abbildung 2: Entwicklung der Abhängigkeit der EG vom Binnenhandel zwischen 1962 und 1970 (Datenbasis: Tsoukalis 1977: 42-43)



3.2.2 Ökonomische Anpassung II: Agrarmarktgewinne

Bei der Diskussion der Ziele der gemeinsamen Agrarpolitik wurde deutlich, dass mit dieser auch Wohlfahrtsgewinne etwa in Form höherer Löhne, stabiler Märkte und angemessener Produktpreise angestrebt wurden.

Gefährdet durch Problemdruck war vor allem die gemeinsame Preispolitik der EG auf dem Agrarmarkt, die am 1. Juli 1967 mit der Festlegung gemeinsamer Getreidepreise begonnen hatte (Feld 1979: 338). Auch wenn hier keine quantifizierbaren Indikatoren herangezogen werden können, sollte deutlich sein, dass eine Veränderung von Produktions- und Investitionsstrukturen, wie sie die Mitgliedsstaaten mit der Preispolitik anstrebten, nicht binnen zwei oder drei Jahren stattfinden konnte. Insofern waren Anfang der Siebzigerjahre höchstwahrscheinlich keine größeren Kooperationsgewinne mit der gemeinsamen Preispolitik im Agrarbereich gefährdet.

3.2.3 Supranationale politische Anpassung: Die Rolle der Kommission

Die Kommission als bedeutendster supranationaler politischer Akteur hatte eine WWU bereits zu Beginn der Sechzigerjahre ins Gespräch gebracht (Lieberman 1992: 51). Im Februar 1968 wurde die Kommission in einem Memorandum erneut in Sachen WWU eigenständig aktiv, um bis Februar 1969 noch zwei weitere vorzulegen, das dritte wurde als Barre-Report bekannt. Der Barre-Report enthielt verschiedene Vorschläge zur Koordinierung der Wirtschaftspolitik sowie finanzieller Solidarität bei Währungsschwankungen. Die Vorschläge des Barre-Reports bildeten ein kohärentes Bild, das einen Weg zur WWU wies (Kruse 1980: 20-25).

Somit brachte die Kommission supranationale Lösungen für den Problemdruck früh ins Gespräch und versuchte, die Mitgliedsstaaten von ihren Vorschlägen zu überzeugen.

3.2.4 Gesellschaftliche Anpassung: Prestige der Währungspolitik

Tsoukalis (1977) hat argumentiert, dass der Versuch der WWU Anfang der Siebzigerjahre unter anderem gescheitert sei, da es sich bei Währungspolitik zu diesem Zeitpunkt um einen hoch kontroversen Bereich gehandelt habe:

„Moreover, monetary issues had become closely linked with trade and even defence. This exposed yet again the neo-functionalist fallacy that welfare issues – money being one of them – were a typical case of ‘low politics’ [...]” (Tsoukalis 1977: 116).

Tsoukalis argumentiert im Folgenden vor allem mit dem Prestigestreben zwischen den USA und Frankreich, in dem die Vormachtstellung des US-Dollars als Weltleitwährung eine wichtige Rolle gespielt habe (Tsoukalis 1977: 117-118).

Wenn Tsoukalis mit seiner Einschätzung richtig liegt, dann war ein Integrationsfortschritt in Form einer WWU aus Sicht der Akteure eher ein Nullsummenspiel als zum Vorteil aller. Das heißt, Währungspolitik war Anfang der Siebzigerjahre ein „high politics“-Bereich.

2.3 Variable Y und funktionalistische Hypothesen: Die Entwicklung der Integration

Nach dem Versuch der Kommission 1962 lancierte diese mit dem Barre-Report im Februar 1969 das Thema der WWU erneut. Sie handelte damit angepasst an ihre Rolle innerhalb des Integrationsprozesses als Anbieter supranationaler Lösungen.

Im Dezember 1969 trafen sich die Staatschefs der Mitgliedsstaaten in Den Haag und bekräftigten den politischen Willen, das Projekt einer WWU in Angriff zu nehmen (Krusse 1980: 54-58). In der gemeinsamen Agrarpolitik kam es im gleichen Zeitraum durch die Abwertung des französischen Francs um 11% zu Problemen, da die französische Regierung die damit vorgesehene Preiserhöhung der Agrarprodukte im Inland nicht hinnehmen wollte (Feld 1979: 340).

Diese Orientierungsphase, mit der die Suche nach Problemlösungen beginnt, korreliert mit der Entwicklung der Variable X1, die zwischen November 1968 und Oktober 1969 ihre größte Ausprägung im Betrachtungszeitraum aufweist. Die Hypothesen H1, H3 und H4 bestätigen sich somit an der Entwicklung der Integration zwischen 1968 und 1969.

Die politischen Akteure hatten zur Lösung des Problemdrucks zum einen die ambitionierte Option einer WWU, zum anderen wurden partielle Lösungen erwogen. In der gemeinsamen Agrarpolitik erwog man, die eigentlich notwendige Anpassung der Agrarpreise bei Wechselkursänderungen auszulassen und stattdessen die Inlandspreise für Agrarprodukte nach außen durch ein System von Steuern und Subventionen zu sichern (Feld 1979: 340-341). Dies bedeutete zwar das Ende der gemeinsamen Preispolitik, die Kompetenzen der regionalen Institution verschoben sich jedoch von Preis- auf Steuer- beziehungsweise Subventions-regelungen, weshalb es sich eher um eine *encapsulation*-Strategie als um eine *spill-back*-Strategie handelt. Dass sich diese *encapsulation*-Strategie bei nach einem utilitaristischen Kalkül handelnden Akteuren durchsetzte, ist in diesem Fall leicht verständlich. Zum einen war ein umfassender Integrationsfortschritt mit hohen Kosten verbunden, zum anderen war die *encapsulation*-Strategie relativ kostengünstig, da die gemeinsame Preispolitik in gut einem Jahr Gül-

tigkeit wenig Kooperationsgewinne realisiert hatte. Hier bestätigt sich Hypothese H2. Mit der Einrichtung des Steuer- und Subventionssystems für grenzüberschreitenden Agrarhandel wurde die gemeinsame Agrarpolitik von der Entwicklung der Wechselkurse und damit auch von deren Problemdruck abgekoppelt. Somit ging von diesem Bereich ab 1970 kein Handlungsbedarf in Richtung einer WWU mehr aus.

Im Gegensatz zur gemeinsamen Agrarpolitik war die Zollunion nicht einfach vom Problemdruck der Wechselkursänderungen abzukoppeln. Vielmehr versprachen wichtige Bausteine der WWU eine Eindämmung des Problemdrucks. Die Einrichtung der europäischen Währungsschlange am 24. April 1972 kann als ein Baustein dieser Art gesehen werden. Allerdings war die Währungsschlange vor allem ein politisches Bekenntnis zu stabilen Wechselkursen. Sie brachte hingegen nicht die Kompetenzübertragung, etwa die Einrichtung eines starken gemeinsamen Interventionsfonds (Kruse 1980: 137-138),²⁰ die stabile Wechselkurse gesichert hätte. Somit war auch hier eine *encapsulation*-Strategie dominant, die Breite und Tiefe der Integration unangetastet ließ.

Der große Schritt zur WWU gelang nicht. Zum einen war durch die *encapsulation*-Strategie in der gemeinsamen Agrarpolitik ein großer Teil des Problemdrucks entfallen. Zum anderen war der Problemdruck auf die Zollunion immer zweifelhaft und kaum messbar gewesen. Letztlich waren die Hürden für einen erfolgreichen *spill-over* durch eine unzureichende gesellschaftliche Anpassung relativ hoch (vgl. H2).²¹

4. Schlussbemerkungen

Mit den hier vorgestellten funktionalistischen Hypothesen und ihren Konzeptoperationalisierungen habe ich den Versuch und das Scheitern der WWU kohärent erklärt. Zum einen konnte aufgezeigt werden, dass Ende der Sechzigerjahre substantieller Problemdruck bestand und dass Politik auf diesen reagierte. Zum anderen scheint deutlich, dass sich der Problemdruck für die gemeinsame Agrarpolitik innerhalb des Integrationsstatus' lösen ließ, da die Aufgabe der gemeinsamen Preispolitik wegen

²⁰ Kruse stellt die Bedeutungslosigkeit des Fécom-Fonds dar.

²¹ Ob im Sinne Dorette Corbeys ein dialektischer Effekt zwischen Zollunion und WWU angenommen werden darf, bleibt offen. Vgl. Corbey (1995: 12-13).

fehlender realisierter Kooperationsgewinne kostengünstig war. Der Problemdruck für die Zollunion war hingegen diffus und einer *spill-over*-Strategie standen zudem hohe Kosten aufgrund national gebundener Loyalitäten der Bürger im Bereich der Währungspolitik gegenüber.

Da diese funktionalistische Erklärung zugibt, dass substantieller Problemdruck bestand, ist sie nicht spektakulär. Sie zeigt aber, dass die vulgäre Hypothese, in der Problemdruck den *spill-over* impliziert, am Beispiel der WWU scheitern muss. Eine differenzierte Analyse mit mehrstufigen Hypothesen kann hingegen Erklärungskraft entfalten. Deshalb sollten funktionalistische Autoren nicht vor der Erklärung eines „Non-events“ zurückschrecken, nur weil es oberflächlich nach einem *spill-over*-Kandidaten aussieht oder weil angebliche auswärtige Entwicklungen die funktionalistische Logik überlagern.

Das hier diskutierte Beispiel ermutigt vielmehr, den Integrationsprozess der frühen Siebzigerjahre, der letztlich zu Ernst B. Haas' Obsoleszenzerklärung (Haas 1975) führte, detaillierter zu untersuchen. Mit adäquaten, differenzierten Hypothesen der zweiten Stufe, die angeben können, wann Problemdruck zu welchem Ergebnis führt, vermute ich, lassen sich weitere Erklärungspotentiale des funktionalistischen Ansatzes für die Siebzigerjahre aufzeigen.

5. Literatur

- Barrera, Mario/Haas, Ernst B.* 1969: The Operationalization of Some Variables Related to Regional Integration: A Research Note, in: *International Organization* 23:1, 150-160.
- Corbey, Dorette* 1995: Dialectical Functionalism: Stagnation as a Booster of European Integration, in: *International Organization* 49:2, 253-284.
- EWG* 1957: Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, in: <http://eur-lex.europa.eu/de/treaties/index.htm> (Zugriff: 09.09.2007).
- Feld, Werner J.* 1979: Implementation of the European Community's Common Agricultural Policy: Expectations, Fears, Failures, in: *International Organization* 33:3, 335-363.
- Haas, Ernst B.* 1961: International Integration: The European and the Universal Process, in: *International Organization* 15:3, 366-392.

- Haas, Ernst B./Schmitter, Philippe C.* 1964: Economics and Differential Patterns of Political Integration: Projections about Unity in Latin America, in: *International Organization* 18:4, 705-737.
- Haas, Ernst B.* 1967: The Uniting of Europe and the Uniting of Latin America, in: *Journal of Common Market Studies* 5:4, 315-343.
- Haas, Ernst B.* 1970: The Study of Regional Integration: Reflections on the Joy and Anguish of Pretheorizing, in: *International Organization* 24:4, 607-646.
- Haas, Ernst B.* 1975: *The Obsolescence of Regional Integration Theory*, Berkeley.
- Kruse, D. C.* 1980: *Monetary Integration in Western Europe: EMU, EMS and Beyond*, London.
- Lieberman, Sima* 1992: *The Long Road to a European Monetary Union*, Lanham.
- Nye, Joseph S.* 1970: Comparing Common Markets: A Revised Neo-Functionalist Model, in: *International Organization* 24:4, 796-835.
- Schmitter, Philippe C.* 1970: A Revised Theory of Regional Integration, in: *International Organization* 24:4, 836-868.
- Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften* 1968: *Zehn Jahre gemeinsamer Markt in Tabellen 1958-1967*, Brüssel.
- Taylor, Charles L./Jodice, David A.* 1983: *World Handbook of Political and Social Indicators. Volume 1 Cross-National Attributes and Rates of Change*, New Haven.
- Tietmayer, Hans* 1994: On the Architecture of EMU, in: Alfred Steinherr (Hrsg.): *30 Years of European Monetary Integration from the Werner Plan to EMU*, New York, 31-37.
- Tsoukalis, Loukas* 1977: *The Politics and Economics of European Monetary Integration*, London.
- van Ypersele, Jacques/Koeune, Jean-Claude* 1984: *Das Europäische Währungssystem. Geschichte, Funktionsweise und Aussichten*, Brüssel.
- Wolf, Dieter* 1999: *Integrationstheorien im Vergleich: Funktionalistische und intergouvernementalistische Erklärung für die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion im Vertrag von Maastricht*, Baden-Baden.
- Wolf, Dieter* 2002: Neofunctionalism and Intergovernmentalism Amalgamated: The Case of EMU, in: Verdun, Amy (Hrsg.): *The Euro. European Integration Theory and Economic and Monetary Union*, Lanham, 29-49.

Berliner Seminararbeiten zur Europäischen Integration

Sommersemester 2007

- Plottka, Julian: Der deutsche Bundestag als Akteur in der Debatte über die Zukunft der Europäischen Union, HS „Die EU als politische Gemeinschaft“
- Schuld, Maria: Euro-Interessenverbände in der Integrationsgeschichte. Welche Aussagen ergeben sich für die Integrationsforschung? PS/TWA „Geschichte und Theorie der Europäischen Integration“
- Wratil, Christopher: Die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion und funktionalistische Hypothesen. „A natural candidate for spill-over“ in the 1970s? PS/TWA „Geschichte und Theorie der Europäischen Integration“